

Übernahmen sorgfältig prüfen

China. In den vergangenen Jahren haben chinesische Unternehmen verstärkt deutsche Firmen aufgekauft. Ein Motiv dabei dürfte gewesen sein, technologisches Know-how nach China zu transferieren. Dies könnte zu Wohlstandsverlusten führen. Dass die EU und die Bundesregierung ihre Investitionspolitik verschärfen, ist daher grundsätzlich sinnvoll – die Politik muss aber mit Augenmaß vorgehen.

Bis zum Jahr 2017 war der deutsche Roboterhersteller KUKA wohl nur Branchenexperten ein Begriff. Doch mit der Übernahme durch die chinesische Midea Group kam das Unternehmen in die Schlagzeilen. Spätestens seither diskutieren Politiker und Wirtschaftsfachleute, ob und inwieweit solche Firmenübernahmen Deutschland schaden und wie die Bundesregierung oder die EU darauf reagieren sollten.

Das Engagement chinesischer Unternehmen in Deutschland hat jedenfalls seit der Jahrtausendwende deutlich zugenommen (Grafik):

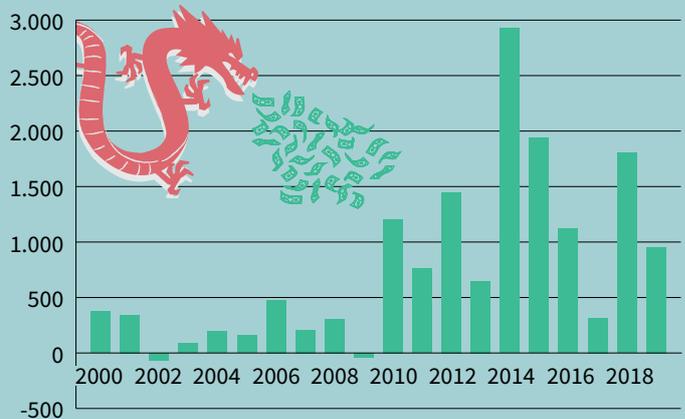
Von 2000 bis 2009 investierten chinesische Firmen pro Jahr maximal knapp 500 Millionen Euro in Deutschland, in den Jahren danach beliefen sich die jährlichen Direktinvestitionszuflüsse häufig auf mehr als 1 Milliarde Euro.

Es spricht vieles dafür, dass es bei den Transaktionen auch darum ging, technologisches Know-how nach China zu übertragen. Schließlich hat sich das Reich der Mitte mit der Strategie „Made in China 2025“ (MIC25) explizit zum Ziel gesetzt, in vielen jener Branchen technologisch aufzuholen, in denen Firmen in Deutschland und Europa bislang im Wettbewerb vorn liegen. Die chinesischen Übernahmeaktivitäten passen hierzu:

Laut einer Studie für die Jahre 2014 bis 2017 fanden fast zwei Drittel der größeren Beteiligungen chinesischer Investoren an deutschen Unternehmen in den zehn Schlüsselbranchen statt, die in der MIC25-Strategie genannt werden.

Direktinvestitionen: Chinas Engagement

So viele Millionen Euro an Direktinvestitionen flossen aus China und Hongkong nach Deutschland



Direktinvestitionen: ohne reinvestierte Gewinne
2019: erstes bis drittes Quartal

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

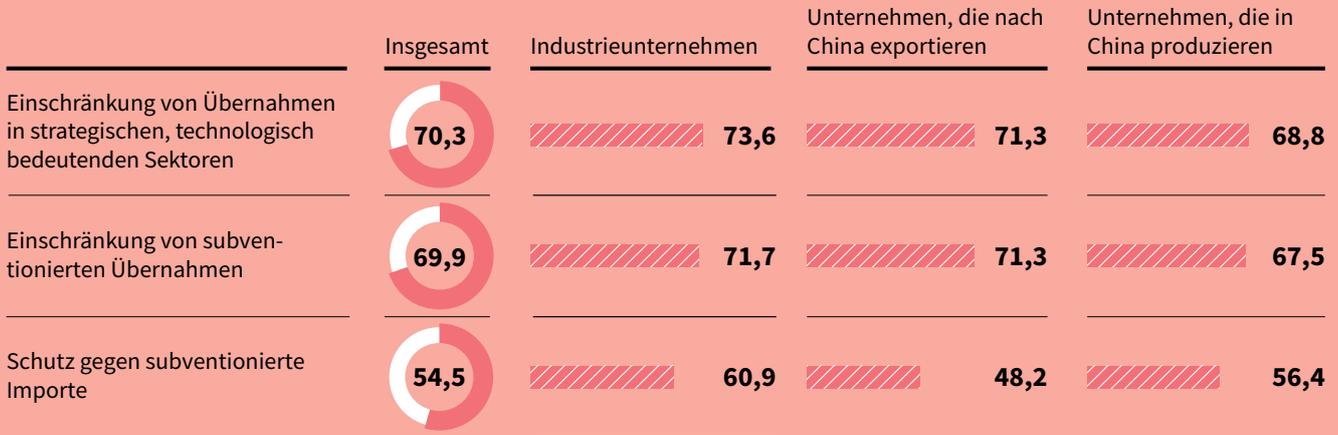
iwd

China hatte vor allem die Autobranche, die Medizintechnik sowie den Bereich computergestützte Maschinen und Robotik im Visier.

Kritikern des chinesischen Engagements in Deutschland werden unter anderem die Vorteile der Kapitalverkehrsfreiheit entgegengehalten. Und generell können Investitionszuflüsse aus dem Ausland im Zielland tatsächlich den Kapitalstock erhöhen und neues Wachs-

Unternehmen sehen China kritisch

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland befürworten auf diesen Gebieten restriktivere Maßnahmen gegenüber China



Befragung von mehr als 1.100 Unternehmen aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen im Rahmen des IW-Zukunftspanels im Herbst 2018

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

tum ermöglichen. Doch chinesische Direktinvestitionen in Europa bestehen nur zu einem sehr geringen Teil aus dem Aufbau neuer Produktionsstätten und bringen kaum neue Technologien.

Geht die chinesische Strategie auf und holt die Volksrepublik den bisherigen technologischen Rückstand in hohem Tempo auf, könnte dies in den Industrieländern – also auch in Deutschland – zu Wohlstandsverlusten führen. Das legen Außenhandelsmodelle nahe. Demnach kommt es in einem Industrieland, das mit einem sich schnell entwickelnden, großen Schwellenland konkurriert, zu Preis- und Absatzeinbußen bei Exporten, Produktionsrückgängen und sinkenden Unternehmensgewinnen. Zwar beruhen solche ökonomischen Modelle auf einer Vielzahl von Annahmen – diese erweisen sich bei näherer Prüfung aber durchaus als realitätsnah.

Die Furcht vor Wohlstandseinbußen hätte weniger Gewicht, wenn China in Sachen Außenhandelspolitik mit den gleichen Karten spielen würde wie die meisten westlichen Länder. Doch unter der Führung von Staatspräsident Xi Jinping hat die Kommunistische Partei Chinas die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft weiter verstärkt und setzt mehr denn je auf Staatskapitalismus mit verzerrtem Wettbewerb durch immer größere Staatsfirmen und vielfältige Subventionen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass die EU und Deutschland bei Firmenübernahmen aus Drittstaaten künftig genauer hinsehen. So gilt ab Oktober 2020 in der EU eine neue Verordnung, die auf eine kritischere Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen aus

Drittstaaten setzt – vor allem, wenn diese Investitionen kritische Infrastrukturen wie Wasser, Energie und den Transportsektor betreffen, aber auch für zukunftsweisende Technologien wie beispielsweise Robotik, Nano- und Biotechnologien oder künstliche Intelligenz.

Anknüpfend an die neuen EU-Regeln erleichtert auch die jüngste Reform des Außenwirtschaftsgesetzes in Deutschland die Prüfung ausländischer Investitionen.

Das härtere Vorgehen findet hierzulande auch die Zustimmung vieler Betriebe (Grafik):

Rund 70 Prozent der im Rahmen des IW-Zukunftspanels befragten Unternehmen befürworten Maßnahmen, die Deutschland besser gegen Übernahmen aus China schützen, wenn diese staatlich subventioniert sind oder auf strategische, technologisch bedeutende Sektoren abzielen.

Dennoch sollte die Bundesregierung – ebenso wie die EU insgesamt – mit den neuen Kontrollmechanismen sorgsam umgehen, um ausländische Investoren nicht grundsätzlich zu verschrecken. Außerdem braucht es für die neuen Regelungen hinreichend klare Begriffsdefinitionen und Ausführungsbestimmungen, damit künftige Investoren Rechtssicherheit haben und keine übermäßige Bürokratie entsteht.

IW-Report 34/2020

Jürgen Matthes: Unternehmensübernahmen und Technologietransfer durch China – Gefahrenpotenziale und Gegenmaßnahmen
iwkoeln.de/unternehmensuebernahmen

Interview. Spätestens zum 100-jährigen Jubiläum 2049 will die Volksrepublik China zur Weltspitze gehören. Dafür plant und denkt die Regierung in Peking groß, zum Beispiel mit dem Einkauf von Know-how durch Firmenübernahmen und Beteiligungen in Deutschland. Eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedsländer wird deswegen immer wichtiger, sagt **Patricia Schetelig**, stellvertretende Abteilungsleiterin im Bereich Internationale Märkte beim Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

„Wir brauchen eine geschlossene europäische Antwort gegenüber China“

Studien zufolge versuchen chinesische Firmen mit staatlicher Hilfe zunehmend, deutsche Firmen aufzukaufen und so wertvolles technologisches Know-how abzuziehen. Hat die deutsche Industrie überhaupt Mittel, diesen geballten Angriff abzuwehren?

Wir sollten keine Angst vor China haben und lernen, mit außereuropäischen Einflüssen durch transparente Anforderungen umzugehen. Für die meisten deutschen Unternehmen besteht kein Zwang, schnell zu verkaufen – es sei denn, die Shareholder fordern es. Damit haben Unternehmen meist Zeit, Erfolg versprechende Strategien im Wettbewerb zu entwickeln. Bei Übernahmen in Deutschland kommt es so gut wie nie dazu, dass Unternehmen gekauft werden und der ganze Technologiebereich sofort nach China verschifft wird. Es geht den chinesischen Käufern vielmehr darum, die Technologie und Forschung selbst weiter zu betreiben.

Das klingt so, als würden Sie den jüngsten Alarmismus in Bezug auf China nicht teilen. Steht bei Ihnen also eher die Partnerschaft zu China im Vordergrund?

Natürlich sehen wir die Probleme, wenn die Regierung in Peking klar ihre eigenen Strategien verfolgt. Gleichzeitig müssen wir China signalisieren, dass Europa es sowohl als Partner als auch systemischen Wettbewerber betrachtet, aber nicht als Gegner. Zu einer offenen Marktwirtschaft gehört auch, dass ein Investor aus dem Ausland ein deutsches Unternehmen kaufen kann.

Mit der Industriestrategie „Made in China 2025“ will China in zehn Schlüsseltechnologien zum Weltmarktführer aufsteigen. Wie nötig ist angesichts dieser ehrgeizigen Ziele eine Strategie vonseiten der Bundesregierung oder der EU?

In bestimmten Bereichen kommen wir gegen den Wettbewerber China mit unseren Instrumenten

nicht mehr an, dennoch sollten die Märkte möglichst offen bleiben. Das ist ein Spagat, der immer schwieriger zu bewerkstelligen ist. Die Politik ist mehr denn je aufgerufen, eine umfassende China-Strategie zu entwickeln. Das haben wir bereits im vergangenen Jahr in unserem Grundsatzpapier von der Bundesregierung gefordert. Sie befasst sich längst mit den Rahmenbedingungen, um sich gegenüber Peking einheitlicher aufzustellen und an bestimmten Stellen nachzjustieren. Das ist richtig, weil China sich unseren handelspolitischen Prinzipien sonst nicht annähern wird.

Europa sollte für den Fall gewappnet sein, dass die beiden Systeme aufeinandertreffen. Immer deutlicher wird, dass die EU ein effektives Schnittstellenmanagement braucht, das die Systemunterschiede berücksichtigt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt. Das von der EU-Kommission im Juni 2020 auf den Weg gebrachte Weiß-

buch ist ein erster wichtiger Schritt, um Investitionen mithilfe von staatlichen Subventionen auch aus China zu beschränken.

In welchen Branchen sehen Sie die größten Konkurrenzkämpfe mit China?

Vom Konkurrenzkampf mit China betroffen sind vor allem Zukunftstechnologien und der digitale Markt.

Traditionell schließt das auch den Maschinen- und Anlagenbau ein. Trotz unseres derzeitigen Wissensvorsprungs blickt die Branche besorgt in die Zukunft. Auch im Wettbewerb um künstliche Intelligenz und B2C hat China Europa teilweise schon überholt.

In der Öffentlichkeit konnte man bisher den Eindruck bekommen, die deutsche Industrie würde sich vor den wettbewerbsverzerrenden Praktiken Chinas wegducken, um ja nicht mit Kritik die Absatzchancen auf dem chinesischen Markt zu gefährden. Was sagen Sie zu solchen Vorwürfen?

Der BDI hat bereits im Januar 2019 in seinem Grundsatzpapier kritische Punkte klar formuliert. Allerdings betreibt die deutsche Wirtschaft mit vielen Ländern Handel, für die unsere Prinzipien und europäischen Regeln nicht gelten. Auch in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsstandards müssen sich Unternehmen in Zukunft noch stärker den politischen Rahmenbedingungen im Ausland stellen, in denen sie agieren. Zuletzt deutlich geworden ist das durch das sehr drastische Eingreifen der Peking-Führung in Hongkong.

Ein großes Prestigeprojekt, mit dem China zur Weltmacht aufsteigen will, ist auch die Neue Seidenstraße. Was halten Sie von diesem Vorhaben?

Problematisch ist die Intransparenz, mit der China Kredite vergeben



Foto: BDI

und Einzelprojekte aufgesetzt hat. Deutsche Unternehmen hat das vor die schwierige Frage gestellt, ob sie sich bewerben oder ein Gebot abgeben. Von der chinesischen Regierung wurden die Bedingungen nicht klar formuliert. Offenbar lag es nicht in ihrem Interesse, einen wirklich offenen Bieterprozess zu gewährleisten.

Uns treibt auch die Tatsache um, dass China damit politische Abhängigkeiten schafft. Durch chinesische Kredite werden Nehmerländer tief in der Kreide stehen. Wo das hinführen kann, sieht man am Hafen Sri Lankas. Als das Land seine Kredite nicht mehr bedienen konnte, hat China zugeschlagen.

Zu befürchten ist auch, dass China in Organisationen, wie den Vereinten Nationen, aufgrund der geschaffenen Abhängigkeiten Abstimmungen unterläuft. Das bereitet uns Sorgen.

Strahlen diese politischen Abhängigkeiten nicht auch schon bis nach Europa aus?

Ja. Manche EU-Länder, in denen China investiert, werden sich wahrscheinlich mit kritischen Positionen zurückhalten oder sogar China-kritische Entscheidungen blockieren. Deswegen ist es umso wichtiger, in der EU eine gemeinsame Position gegenüber China einzunehmen – durch europäische Einigkeit, mehr Investitionen in die eigene Wettbewerbsfähigkeit und durch Schutz vor Marktverzerrungen. Ein Fortschritt in den Verhandlungen zu einem EU-China-Investitionsabkommen wäre ein erster wichtiger Baustein. Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sollte sein, eine geschlossene Antwort aller Mitgliedsstaaten zu erwirken, die mehr ist als nur der kleinste gemeinsame Nenner. Das wird mit Blick auf die derzeitige Interessenlage eine große Herausforderung.

Die Schlaglöcher der Seidenstraße

China. Dem chinesischen Prestigeprojekt der Neuen Seidenstraße droht wegen der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ein herber Rückschlag. Denn die Wirtschaftskrise hinterlässt nicht nur in der Volksrepublik tiefe Wunden, auch die an der Seidenstraße beteiligten Partnerländer stoßen nun an finanzielle Grenzen. China muss daher massive Kreditausfälle fürchten.

Das im Jahr 2013 von China gestartete Megaprojekt „Neue Seidenstraße“ ist ambitioniert – das Infrastrukturprojekt soll dem Land immerhin den Weg zur Weltmacht ebnen: Mit umgerechnet 890 Milliarden Dollar sollten nach ursprünglicher Planung rund 900 Vorhaben in ungefähr 70 Ländern finanziert werden. Das Investitionsvolumen beträgt damit mehr als das Sechsfache jener Gelder, die im Rahmen des Marshallplans zum Wiederaufbau des zerstörten Europas nach dem Zweiten Weltkrieg flossen.

Mit dem Seidenstraßen-Projekt plant China, die Handelskosten erheblich zu senken, den Warenaustausch zu erhöhen und sich somit geopolitische Vorteile zu sichern. Dafür hat die Regierung um Staatschef Xi Jinping in den vergangenen Jahren bereits fleißig investiert – vor allem in Asien und Afrika:

Zwischen 2000 und 2018 haben chinesische Banken Kredite von insgesamt 152 Milliarden Euro an afrikanische Länder vergeben.

Ohnehin ist China in den vergangenen 20 Jahren zu einem der weltweit bedeutendsten Kreditgeber

aufgestiegen. Im Jahr 2017 häuften sich die ausstehenden Schulden chinesischer Gläubiger auf der Neuen Seidenstraße auf mindestens 215 Milliarden Dollar – das entsprach rund 1,5 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zur Jahrtausendwende waren es erst 0,64 Milliarden Dollar.

Allerdings ist der chinesische Kreditvergabeprozess ins Ausland höchst undurchsichtig. Ein Großteil der internationalen Kredite – vor allem an Entwicklungs- und Schwellenländer – taucht in internationalen Datenbanken gar nicht auf. Zudem werfen Kritiker der Volksrepublik vor, mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße vor allem geopolitischen Einfluss gewinnen zu wollen – auch dadurch, dass Kredite für wirtschaftlich unrentable Projekte vergeben werden. China übernahm 2017 beispielsweise für die kommenden 99 Jahre die Kontrolle über den strategisch wichtigen Hafen Hambantota in Sri Lanka, nachdem das Land bei der Kreditrückzahlung Schwierigkeiten hatte.

Durch das Seidenstraßen-Projekt stehen also viele Entwicklungsländer

bei China tief in der Kreide. Das bevölkerungsreichste Land der Welt hält mittlerweile rund 17 Prozent der öffentlichen Verschuldung Afrikas. In Pakistan, Weißrussland oder Sri Lanka machen die chinesischen Schulden bereits 10 Prozent des jeweiligen BIP aus. Und gerade diese Länder stehen wegen der Corona-Pandemie derzeit wirtschaftlich schlecht da. Denn in Krisenzeiten ziehen ausländische Investoren oft ihr Kapital aus Entwicklungsländern ab, wodurch die Rezession zusätzlich verstärkt wird.

Allein für März 2020 schätzen Wirtschaftsexperten die Höhe der Kapitalflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern auf etwa 83 Milliarden Dollar.

China hält in diesen Ländern rund 25 Prozent der gesamten Verschuldung. Damit sind die ohnehin risikoreichen Investitionen Chinas in die Seidenstraße durch die Corona-Krise noch unsicherer geworden. Die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch haben bereits die Kreditwürdigkeit von 29 Ländern, die an der Seidenstraße beteiligt sind, herabgestuft oder mit einem negati-

ven Ausblick versehen. Pakistan, Chinas größter Kreditnehmer auf der Seidenstraße, wackelt bereits, das Land könnte in Zukunft sogar die Einstufung als „hochgradig spekulativ“ verlieren. Ein weiteres Sorgenkind (Grafik):

Äthiopien, das mit 14 Milliarden Dollar bei China in der Kreide steht, wurde in seiner Kreditwürdigkeit schon heruntergestuft.

Durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit stehen für die Volksrepublik insgesamt mindestens 119 Milliarden Dollar auf der Kippe. Aufgrund von Datenlücken ist allerdings davon auszugehen, dass die tatsächliche Summe noch höher ist. Und es ist wahrscheinlich, dass weitere Abwertungen folgen werden, wenn sich die Schuldenlage in den Entwicklungsländern wegen der Corona-Pandemie zuspitzt.

Dem chinesischen Prestigeprojekt droht also ein herber Rückschlag. Zwar befindet sich Peking nach wie

vor in einer guten Ausgangsposition, da die meisten Kredite über Staatsbanken vergeben wurden, die großen finanziellen Spielraum haben. Allerdings hat auch die chinesische Wirtschaft unter der Rezession der vergangenen Monate stark gelitten. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert wegen des wirtschaftlichen Einbruchs in der ersten Hälfte des Jahres für 2020 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent. Und schon vor der Krise haben chinesische Banken damit begonnen, die Kreditvergabe an Entwicklungs- und Schwellenländer herunterzufahren.

Läge der Ausbau der Seidenstraße für eine Weile auf Eis, wäre dies für das Reich der Mitte verkraftbar, auch wenn die Volksrepublik zumindest einige Kredite neu strukturieren oder refinanzieren müssen wird. Doch es stehen eben nicht nur milliardenschwere Investitionen auf dem Spiel. Sollte China einen

Großteil seiner Kredite abschreiben müssen, würde dies langfristig auch Chinas Wachstumsmodell infrage stellen, das größtenteils auf Kreditexpansion basiert.

Wegen des Schuldenüberhangs und der gestiegenen Kreditrisiken setzt die chinesische Regierung auf fiskalpolitische Instrumente wie Senkung und Aussetzung der Mehrwertsteuer sowie Zinsstundungen für kleine Unternehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln – anstelle einer erneuten Kreditexpansion, wie Peking es 2008 als Antwort auf die Finanzkrise veranlasst hatte.

IW-Kurzbericht 88/2020

Matthias Diermeier, Florian Güldner, Thomas Obst:
Der chinesische Albtraum – Verschuldungsrisiken auf der Seidenstraße
iwkoeln.de/china-kreditausfaelle

China muss Kreditausfälle fürchten

Gewährte Kredite von China im Jahr 2017 an Länder mit dieser derzeitigen Kreditwürdigkeit

	Kreditvolumen in Milliarden Dollar	Rating	Ratingklasse	Aktuelle Bewertung: Stand Juli 2020
Pakistan	35,3	B3	Hoch spekulativ	Rating in Überprüfung für Abwertung
Russland	35,2	BBB-	Gut	Stabil
Äthiopien	14,3	B2	Hoch spekulativ	Herabgestuft, erneut in Überprüfung für Abwertung
Malaysia	12,5	A-	Sehr gut	Negativer Ausblick
Kenia	9,7	B2	Hoch spekulativ	Negativer Ausblick
Sri Lanka	8,4	B2	Hoch spekulativ	Rating in Überprüfung für Abwertung
Südafrika	7,5	BB-	Spekulativ	Herabgestuft
Indonesien	7,0	BBB	Gut	Negativer Ausblick

Quellen: Moody's, Standard & Poor's, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Ist China bald wichtigster Kunde?

Außenhandel. Deutschlands wichtigster Exportmarkt, die USA, könnte aufgrund der Corona-Pandemie in diesem Jahr von China abgelöst werden. Denn in der Volksrepublik wächst die Wirtschaft bereits seit April 2020 wieder.

Keine Frage: Wegen der Corona-Pandemie haben sich die deutschen Ausfuhren in den vergangenen Monaten in die meisten Länder reduziert. Allerdings fallen die Rückgänge je nach Zielland ziemlich unterschiedlich aus (Grafik):

Besonders stark brach der Export in das Vereinigte Königreich ein – dorthin exportierten deutsche Unternehmen von Januar bis Mai 2020 fast 25 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Relativ wenig beeinträchtigt wurde bislang der Handel mit Polen: Die deutschen Ausfuhren dorthin gingen um knapp 7 Prozent zurück. Richtung

Schweiz änderte sich sogar fast nichts, der Warenwert der Exporte reduzierte sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 0,3 Prozent.

Die Ausfuhren in die vom Coronavirus heftig gebeutelten USA – im Jahr 2019 Deutschlands wichtigster Absatzmarkt mit Warenexporten von knapp 119 Milliarden Euro – brachen zuletzt um fast 16 Prozent ein. Bei den Light Vehicles – Pkws und Nutzfahrzeuge unter 3,5 Tonnen –, die zu den wichtigsten Exportgütern für den US-Markt zählen, betrug das Minus im April 2020 fast 90 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

In China dagegen, wo die Zahl der Corona-Neuinfektionen schon seit geraumer Zeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt, konnte sich die Wirtschaft bereits etwas erholen: Nach einem Einbruch von 6,8 Prozent im ersten Quartal 2020 wuchs das Bruttoinlandsprodukt dort im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal wieder um 3,2 Prozent.

Diese schnelle Rückkehr zum Wachstumspfad ist einer der Gründe dafür, warum die deutschen Exporte Richtung Volksrepublik in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 lediglich um rund 10 Prozent zurückgingen.

Wenn man davon ausgeht, dass sich das deutsche Exportgeschäft bis zum Ende des laufenden Jahres weiter erholt, dann könnte es in der Folge zu einer Verschiebung der Top 3 der deutschen Exportländer kommen:

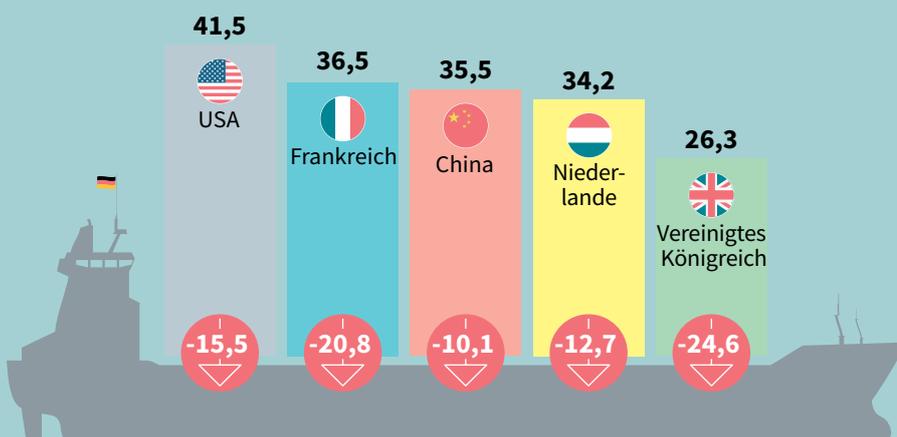
Die USA könnten 2020 von China als größtem Abnehmer deutscher Waren abgelöst werden.

Diese Entwicklung war zwar schon seit mehreren Jahrzehnten abzusehen, doch die Corona-Krise hat sie noch einmal deutlich beschleunigt.

Deutsche Exporte: China fast an der Spitze

So viele Milliarden Euro setzte Deutschland von Januar bis Mai 2020 in den fünf wichtigsten Exportländern des Jahres 2019 um

■ Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahreszeitraum



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Klimawandel immer präsenter

Medien. In den vergangenen Jahren sind Klima- und Umweltthemen immer stärker in den öffentlichen Fokus gerückt, was sich auch in der entsprechenden medialen Berichterstattung widerspiegelt. Die Corona-Pandemie drängte den Diskurs um den Klimawandel aber zuletzt in den Hintergrund.

Im November dieses Jahres hätte eigentlich die 26. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen stattfinden sollen, aufgrund der Corona-Pandemie musste der Klimagipfel aber erstmals seit seiner Premiere im Jahr 1995 abgesagt werden. Das jährliche Treffen der Staatsdelegationen, auf dem an einer gemeinsamen Klimaschutzpolitik gearbeitet wird, wird sonst stets von großem medialen Interesse und der damit verbundenen Berichterstattung begleitet.

Durch die Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg und die Fridays-for-Future-Bewegung, das Klimaschutzpaket der deutschen Bundesregierung und den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ist die Umweltberichterstattung in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Agenda der deutschen Medien gerückt. Folglich kommen auch immer mehr Bundesbürger mit dem Thema in Berührung (Grafik):

Während zur Zeit der Weltklimakonferenz 2015 rund jeder vierte Bundesbürger keine Informationen zu Klimathemen erhielt, war es zur Konferenz 2019 nur noch etwa jeder Neunte.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei Fernsehsender und Mediatheken: Drei Viertel der Deutschen erhielten während des letztjährigen Klimagipfels mindestens wöchentlich auf diesem Weg Informationen zum Klimaschutz. Auch soziale Netzwerke sind ein immer größerer

Faktor: 43 Prozent der Bundesbürger bekamen 2019 über Facebook und Co. entsprechende Informationen – 2015 war dieser Anteil noch nicht einmal halb so hoch.

Die Corona-Pandemie hat die Berichterstattung zu Klimathemen in jüngster Zeit allerdings in den Hintergrund gedrängt. So war laut einer Studie der PR-Agentur BCW die Zahl der Beiträge zur Pandemie in deutschen Print- und Online-Medien allein im März 2020 gut dreimal so hoch wie jene zur Klimakrise im ge-

samten Jahr 2019. In einer Forsa-Umfrage nannten 60 Prozent der Teilnehmer die Pandemie als das drängendste gesellschaftliche Problem und nur jeder Zehnte den Klimawandel – vor einem Jahr war es noch gut jeder Dritte.

Mittlerweile ist das Interesse der Bundesbürger an Berichten zur Pandemie aber wieder gesunken. Im Mai lag die Zahl der Suchanfragen zu Corona-Themen bereits um mehr als 80 Prozent unter deren Höhepunkt in der dritten Märzwoche.

Klimawandel: Steigende Reichweite in allen Medien

So viel Prozent der Befragten erhielten mindestens einmal in der Woche Informationen zu Klimathemen über ...

	2015	2018	2019
 ... Fernsehsender und Mediatheken	66	61	75
 ... Radiosender	46	44	57
 ... soziale Netzwerke	19	29	43
 ... Online-Nachrichtenportale	26	31	42
 ... Printmedien	32	32	41
Keine Informationen erhalten	24	21	11

Befragungen von mindestens 1.000 Bundesbürgern während der Klimakonferenzen in den jeweiligen Jahren

Quelle: ARD
© 2020 IW Medien / iwd

Ein Beigeschmack bleibt

Europäische Union. Nach tagelangen Verhandlungen haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder auf milliardenschwere Corona-Hilfen geeinigt. Mit dem Kompromiss wurden wichtige Weichen zur Bekämpfung der Corona-Krise gestellt, es gibt aber auch Kritikpunkte. So ist die Rechtsstaatlichkeitsklausel nur schwammig formuliert und die Ausgabeprioritäten sind fragwürdig gesetzt.

Ganze 90 Stunden hat der Verhandlungsmarathon gedauert – dann hatten sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten auf einen Aufbaufonds zur Bekämpfung der Corona-Folgen sowie auf den EU-Finanzrahmen bis 2027 geeinigt. Wie wichtig dieses Ergebnis und damit eine schnelle Hilfe – vor allem für die stark betroffenen Südeuropäer – ist, zeigt ein Blick auf die derzeitigen Wirtschaftsprognosen (Grafik):

Die EU-Kommission rechnet für 2020 mit einem EU-weiten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

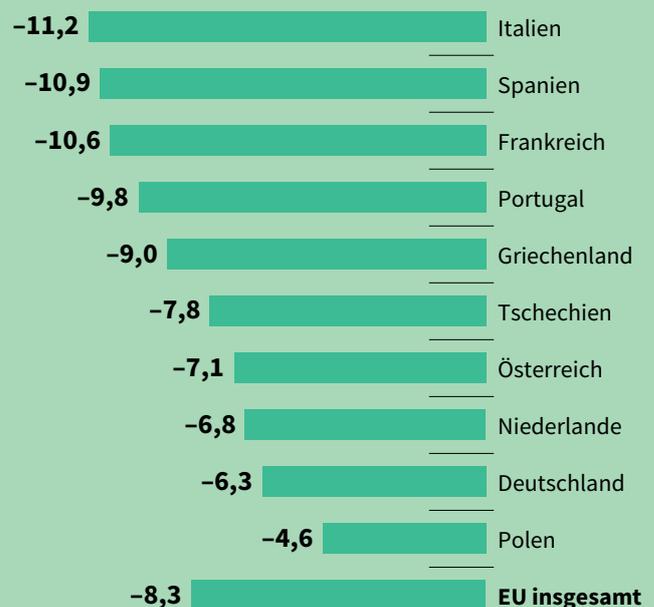
Für Italien und Spanien sind die Aussichten mit rund minus 11 Prozent besonders schlecht.

Die nun beschlossenen Hilfen haben einen Umfang von 750 Milliarden Euro – so wie es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits im Mai gefordert hat. Neben dieser guten Nachricht hat das Verhandlungsergebnis weitere positive Aspekte.

- Zwar werden nicht – wie zunächst angedacht – 500 Milliarden Euro als Zuschüsse an die EU-Staaten ausgezahlt, sondern nur 390 Milliarden Euro. Die restlichen 360 Milliarden Euro werden als Kredite zur Verfügung gestellt (Grafik Seite 11). Dennoch werden die besonders von der Corona-Krise geplagten Südeuropäer stark unterstützt, um sich mittelfristig von den Krisenfolgen erholen zu können.
- Neben dem Aufbaufonds haben sich die Mitgliedsstaaten auch auf den EU-Haushalt bis 2027 mit einem Volumen von knapp 1,1 Billionen Euro geeinigt. Beide Maßnahmen schaffen Vertrauen und stabilisieren die Finanzmärkte.
- Die Staats- und Regierungschefs haben die Kontrollmechanismen zur Mittelvergabe deutlich stärker zu sich und weg von der EU-Kommission verlagert. Der EU-Finanzministerrat muss die Aufbaupläne der Mitglieds-

Wirtschaft in Europa: Kollektives Minus

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Prognose: Juli 2020; Länderauswahl

Quelle: EU-Kommission
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

staaten absegnen. Wenn einzelne Mitgliedsstaaten ernste Zweifel an der korrekten Verwendung der Gelder in anderen Ländern haben, können sie eine Auszahlung verzögern und eine Diskussion zwischen den Staats- und Regierungschefs über die Probleme erzwingen. Ein echtes Veto ist das aber nicht.

- Nicht zuletzt nutzen der Aufbaufonds und die Stabilisierung der europäischen Wirtschaft auch der exportorientierten Industrie. Zur Einordnung:

Deutsche Unternehmen exportierten im Jahr 2019 rund 53 Prozent ihrer Ausfuhren in die EU-27, das entspricht etwa 700 Milliarden Euro.

Die Einigung der EU-Staaten hat allerdings nicht nur gute Seiten – es waren auch schmerzhaft Kompromisse nötig:

- Zwar wurde die Auszahlung der EU-Gelder erstmals an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft, doch verbindlich ist dies nicht. Der Europäische Rat unter-

streicht lediglich die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit. Ungarn und Polen, die aufgrund ihrer Reformen von Justiz und Medien stark in der Kritik stehen, haben sich damit weitgehend durchgesetzt, weil sie die Verhandlungen sonst hätten scheitern lassen.

- Das vorgeschlagene Solvenzinstrument wurde aus dem Aufbaufonds gestrichen. Damit sollten Unternehmen unterstützt werden, die aufgrund einer höheren Schuldenaufnahme in der Corona-Zeit vor dem Kollaps stehen.
- Rund 70 Prozent der Transfers haben nichts mit der Corona-Krise zu tun, weil sie nach Kriterien der Jahre 2016 bis 2019 vergeben werden. Statt auf die Stärkung der EU zu setzen, gibt es andere, fragwürdige Prioritäten. So wurden die Mittel für Forschung, Infrastruktur und den Schutz der EU-Außengrenzen leicht gekürzt, die Agrarförderung bleibt dagegen bis 2027 viel zu hoch.
- Die EU hat mit dem Aufbaufonds erstmals selbst Schulden aufgenommen. Wie Einnahmen generiert und damit die Schulden zurückgezahlt werden sollen, steht aber noch nicht fest. Sollten sich die 27 Mitgliedsstaaten in der Finanzierungsfrage nicht einigen, droht die Gefahr, dass alte Schulden einfach mit neuen beglichen werden und die EU dauerhaft hohe Schulden behält.

In der Debatte über neue Einnahmen der EU liegt allerdings auch eine Chance:

Wenn die EU künftig noch stärker als Einheit agiert, kann sie ihre Position gegenüber zunehmend eigennützig agierenden Staaten wie China, Russland, der Türkei und auch den USA stärken.

Dafür müssen sich die EU-Staaten aber von ihren alten Dogmen wie der überkommenen Agrarpolitik lösen

und die zur Verfügung stehenden Gelder in die richtigen Kanäle lenken, um Wachstum sowie Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie zu erreichen.

IW-Kurzbericht 86/2020

Jürgen Matthes: Mehr Licht als Schatten

iwkoeln.de/aufbaufonds

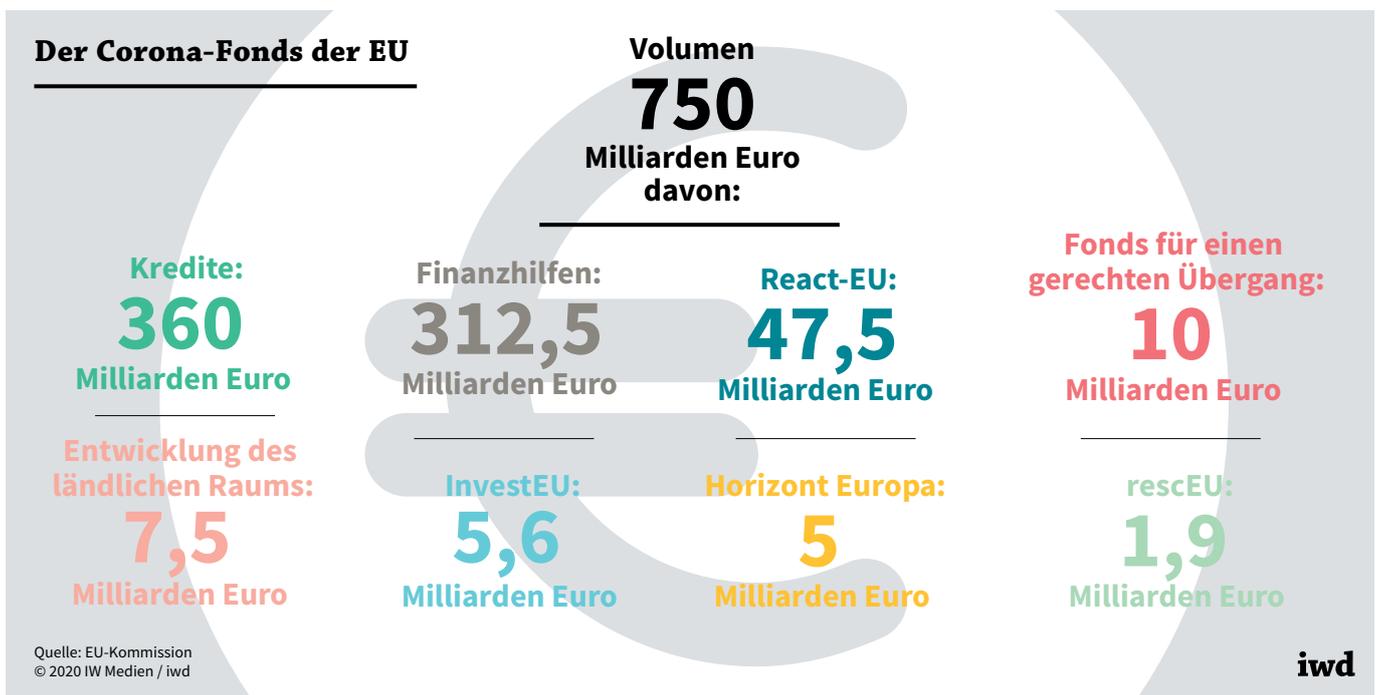
React-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe): Initiative, mit der die Maßnahmen zur Krisenbewältigung und zur Linderung der Folgen der Corona-Krise sowie die Maßnahmen der Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Corona-Krise weitergeführt und ausgebaut werden

Fonds für einen gerechten Übergang: Investitionsmittel für Regionen, die von der Klima- und Energie-wende besonders betroffen sind

InvestEU: Fonds zur Unterstützung in den Bereichen nachhaltige Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen, soziale Investitionen und Kompetenzen sowie Forschung, Innovation und Digitalisierung

Horizont Europa: Förderprogramm für Forschung und Innovation

rescEU: System für Schutz und Prävention von Katastrophen



In Schockstarre

Verbrauchervertrauen. Die Corona-Krise hat das Vertrauen der Verbraucher in Deutschland in den Keller rutschen lassen. Vor allem die deutlich schlechteren Beschäftigungsperspektiven verunsichern die Menschen.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist die Stimmung der Konsumenten in Deutschland drastisch gesunken, das geht aus dem aktuellen TCB-IW-Verbrauchervertrauen hervor – einem Index, den das Institut der deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Forschungsnetzwerk The Conference Board vierteljährlich veröffentlicht.

Während der Index im ersten Quartal 2020 auf einer Skala von 0 bis 200 noch bei 101,5 Punkten lag, sackte er im zweiten Quartal auf 86,8 Punkte ab.

Der Einbruch des Konsumklimas in Deutschland ist kein Sonderfall.

Auch im Rest von Europa und in anderen Teilen der Welt sieht es ähnlich aus. In Deutschland wirken sich vor allem die Sorgen um den eigenen Job negativ aus (Grafik):

Der Saldo zwischen positiven und negativen Einschätzungen der eigenen Beschäftigungsaussichten lag im ersten Quartal 2020 noch bei 16 Prozentpunkten, fiel im zweiten Quartal aber auf minus 42 Prozentpunkte.

Vergleichsweise positiv bewerten die Bundesbürger die eigene Finanzlage. Trotz eines leichten Abwärtstrends ist der Anteil derjenigen Bundesbürger, die mit ihrer finanziel-

len Situation zufrieden sind, noch immer rund 10 Prozentpunkte höher als der Anteil der Unzufriedenen. Die Einkommensverluste scheinen sich also durch Kurzarbeit und Unterstützungsleistungen des Staates in Grenzen zu halten.

Aufgrund der insgesamt unsicheren Wirtschaftslage und der Sorge um den Arbeitsplatz sehen aber nur noch 40 Prozent der befragten Konsumenten derzeit einen guten Zeitpunkt für Anschaffungen. Das könnte dazu führen, dass vor allem der Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern wie Autos oder Möbeln erst mal verschoben wird.

Mit ihrem Konjunkturprogramm hat die Bundesregierung versucht, den Konsum wieder anzukurbeln, unter anderem durch eine zeitlich begrenzte Senkung der Mehrwertsteuer (siehe iwd 14/2020).

Entscheidend für das künftige Verbrauchervertrauen wird aber die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Positive Signale können die Bürger dazu bewegen, ihre Zurückhaltung beim Konsum abzulegen. Die Regierung und die Tarifpartner müssen daher einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit unbedingt verhindern.

Beschäftigungsperspektiven brechen ein

So bewerten die Verbraucher in Deutschland diese Aspekte; Saldo aus positiven und negativen Wertungen in Prozentpunkten

		Beschäftigungsperspektiven	Finanzlage	Kaufgelegenheit
2018	1. Quartal	40	28	11
	2. Quartal	42	22	10
	3. Quartal	38	19	4
	4. Quartal	35	20	7
2019	1. Quartal	36	16	6
	2. Quartal	33	16	7
	3. Quartal	28	20	13
	4. Quartal	20	18	2
2020	1. Quartal	16	13	5
	2. Quartal	-42	10	-15

Kaufgelegenheit: Bewertung, ob es derzeit eine gute Zeit für die Anschaffung von Waren und Dienstleistungen ist

Quellen: The Conference Board, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Falscher Alarm

Mieten. Nicht erst seit der Corona-Pandemie diskutiert Deutschland über die angeblich immer und überall steigenden Mieten. Doch eine differenzierte Analyse des Wohnungsmarktes gibt für viele Mieter Entwarnung. Die neue IW-Studie zeigt aber auch, wie die Politik mit zielgerichteten Maßnahmen problematische Entwicklungen verbessern könnte.

Um den Gemütszustand einer Nation zu erforschen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Eine eher ungewöhnliche ist die, Sitzungsprotokolle des Deutschen Bundestags auszuwerten.

Genau das haben IW-Wissenschaftler getan und festgestellt, dass noch nie so oft der Begriff „soziale Frage“ gefallen ist wie in der aktuellen Legislaturperiode.

Meist ging es in jenen Debatten um das Thema Wohnen. Denn das, meinen zumindest einige Politiker und Interessengruppen, taugt zur

neuen sozialen Frage. Und auf den ersten Blick ist dieser Befund nicht von der Hand zu weisen:

Von 2010 bis 2018 sind die Nettokaltmieten in den sieben größten Städten – Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf – pro Jahr um real 4,7 Prozent gestiegen.

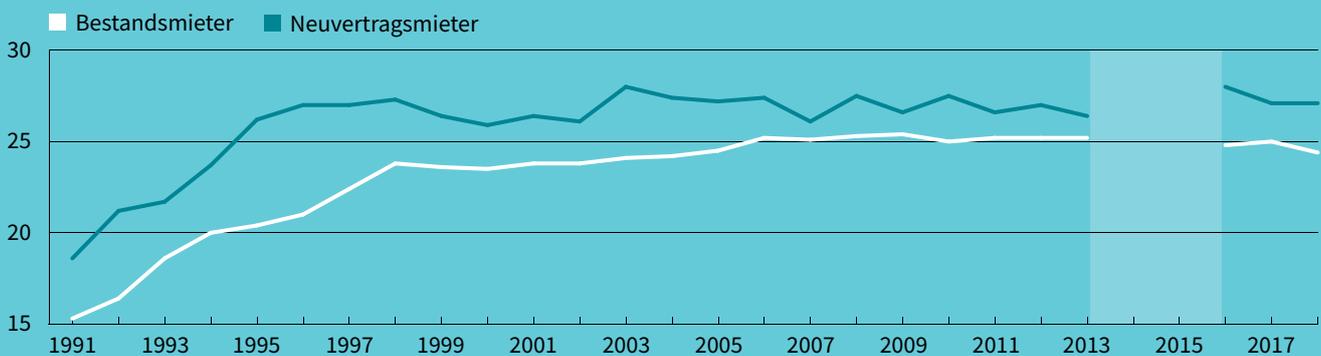
Am stärksten war die Preissteigerung mit 6 Prozent pro Jahr in Berlin, am moderatesten mit 2,3 Prozent in Düsseldorf. Für die Daten hat das IW Wohnungsinserate des Internetportals Immobilienscout24 ausgewertet.

Allerdings stellt die IW-Analyse klar, dass dieser Befund nicht die Entwicklung in Deutschland insgesamt widerspiegelt. Aber auch in den Metropolen gilt es näher hinzusehen – schließlich beeinflussen viele Faktoren die Situation am Wohnungsmarkt:

Neu- versus Bestandsmieter. Steigende Mieten treffen nicht alle Haushalte gleichermaßen. Preissteigerungen bei Bestandsmieten sind vom Gesetzgeber enge Grenzen gesetzt. Zudem erhöhen viele Vermieter die Miete bei langjährigen

Mietkostenbelastung: Seit Jahren nahezu konstant

So viel Prozent seines monatlichen Nettoeinkommens zahlte ein Haushalt mit einem Medianeinkommen für die Bruttokaltmiete

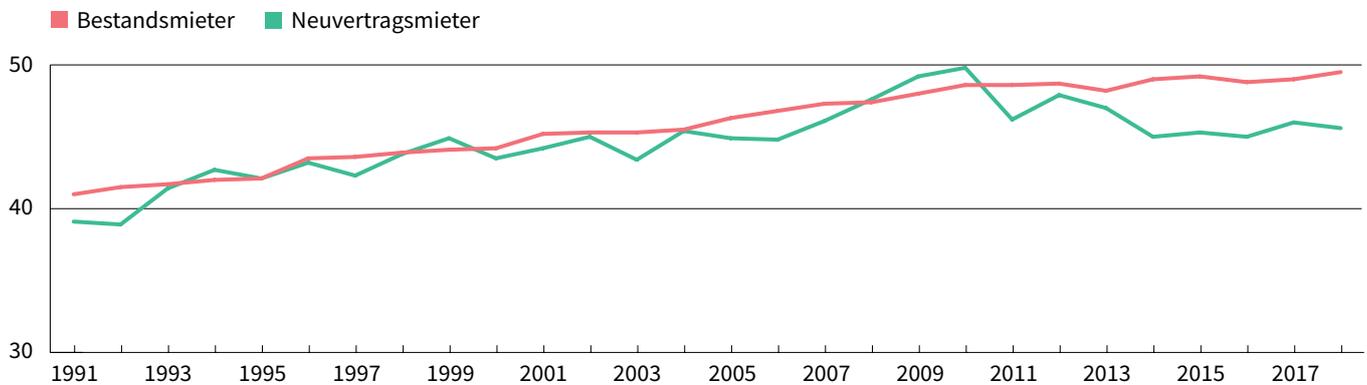


Medianeinkommen: Die Hälfte aller Haushalte hat ein niedrigeres, die andere Hälfte ein höheres Einkommen
2014 und 2015: keine Daten verfügbar

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Neue Mietverträge: Wohnfläche pro Kopf sinkt

in Quadratmetern je Haushaltsmitglied



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Mietern nicht oder nur moderat. Also treffen höhere Wohnkosten vornehmlich Neumieter – und deren Zahl hält sich in Grenzen:

Nur rund 14 Prozent der Mieterhaushalte sind 2017 oder 2018 in eine neue Wohnung gewechselt.

Und: Dass Neuvertragsmieter pro Quadratmeter mehr Miete zahlen als Bestandsmieter, ist keinesfalls ein neues Phänomen – zwischen 1991 und 1999 lagen die Mieten bei neuen Verträgen im Schnitt 20 Prozent über denen der Bestandsmieter.

Im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2018 betrug der Preisunterschied zwischen Neuvertrags- und Bestandsmieten pro Quadratmeter 14 Prozent.

Die Differenz war damit deutlich größer als Mitte der 2000er Jahre, aber noch ein ganzes Stück von den Werten Ende des vergangenen Jahrhunderts entfernt.

Einkommensentwicklung. Bis zur Corona-Krise boomte die Wirtschaft in Deutschland. Davon profitierte auch das Gros der Mieter: Die Einkommen der Mieterhaushalte sind von 2010 bis 2018 im bundesweiten Durchschnitt real um knapp 7 Prozent gestiegen.

Das wirkte sich auf die sogenannte Mietkostenbelastung aus, also darauf, wie viel Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgegeben werden. Dieser Anteil betrug 2018 im Mittel 24,9 Prozent – gegenüber 25,7 Prozent im Jahr 2008. Und auch hier gilt es zu differenzieren (Grafik Seite 13):

Die Wohnkostenbelastung für Neuvertragsmieter lag in den vergangenen drei Jahrzehnten stets über der von Bestandsmietern. Am größten war die Differenz mit 4 Prozentpunkten in den 1990er Jahren, am niedrigsten zwischen 2005 und 2009 mit 2 Prozentpunkten.

Aktuell – im Zeitraum von 2016 bis 2018 – liegt der Unterschied bei knapp 3 Prozentpunkten.

Wohnfläche. Hohe Preise signalisieren in einer Marktwirtschaft einen Mangel. Wenn das Angebot zu gering ist, um die komplette Nachfrage zu befriedigen, wird ein Produkt teurer. Dann sinkt in der Regel die Nachfrage. Genau dieser Mechanismus ist aktuell bei Mietwohnungen zu beobachten (Grafik):

Bestandsmieter lebten 2018 auf durchschnittlich 49,5 Quadratmetern pro Kopf. Neuvertragsmieter

gaben sich derweil mit 45,6 Quadratmetern zufrieden.

Das ist ein relativ neuer Trend – bis etwa 2010 hatten sowohl Neuvertrags- als auch Bestandsmieter im Schnitt eine immer größere Pro-Kopf-Wohnfläche in Anspruch genommen.

Allerdings sind kleinere Wohnungen für Neuvertragsmieter offenbar kein gravierendes Problem: Noch immer sind sie deutlich zufriedener als Bestandsmieter, wenn auch mit rückläufiger Tendenz.

Neubauten. Dass Wohnen zur Miete in den vergangenen Jahren teurer geworden ist, erscheint – zumindest teilweise – plausibel:

Deutschlandweit wurden lediglich 2 Prozent aller Mietwohnungen 2011 oder später gebaut, aber 18 Prozent der Miet-Inserate auf Immobilienscout24 für die sieben größten Städte boten zuletzt entsprechende Wohnungen an.

Und da Neubauten mit allen Anforderungen an Feuerschutz, Dämmung und Umweltschutz schon im Bau deutlich teurer sind, ist ein gewisser Preisaufschlag nachvollziehbar.

Allerdings macht sich in den Mieten auch die generelle Neubausituation bemerkbar: Da Städte und Gemeinden vielerorts nur begrenzt Bauland ausweisen, bauen Projektentwickler dort oft das, was einen guten Profit, also höhere Mieten, verspricht.

Dabei sieht das IW für die Politik Möglichkeiten, diesem Trend entgegenzuwirken. So können Städte beim Verkauf von Baugrund auf eine Konzeptvergabe setzen. Dann bekommt der Meistbietende den Zuschlag, muss aber bestimmte Nebenbedingungen erfüllen – etwa jene, einen gewissen Anteil günstiger Wohnungen auf dem Gelände zu schaffen. Die Stadt Hamburg beispielsweise macht von dieser Vergabeform in etwas abgewandelter Form für ihr Großprojekt Hafencity Gebrauch.

Primäres Ziel der meisten staatlichen Miet-Maßnahmen ist, die Chancen von Beziehern niedrigerer Einkommen – ob nun selbst erwirtschaftet oder per staatlichem Transfer zur Verfügung gestellt – bei der Wohnungssuche zu verbessern. Denn die Mietkostenbelastung dieser Personengruppe ist vergleichsweise hoch (Grafik):

Selbst das Zehntel mit den drittniedrigsten Einkommen musste 2018 im Schnitt noch knapp ein Drittel seiner Einkünfte für die Miete aufwenden.

Die beiden prominentesten wohnungspolitischen Maßnahmen sind sehr unterschiedlich geeignet, dieses Problem zu lösen:

1. Wohngeld: Laut IW ist das Wohngeld ein sehr gutes sozialpolitisches Instrument, weil es treffsicher

jene unterstützt, die sich eine Wohnung sonst nicht leisten könnten. Seine Schwachstelle war es bislang, dass es nicht dynamisiert – also jährlich an die Preisentwicklung angepasst – wurde.

Die aktuelle Wohngeldreform räumt mit diesem Missstand auf, allerdings greift die Dynamisierung erst 2022 und wird turnusgemäß nur alle zwei Jahre stattfinden.

Das IW stellt außerdem die Frage, ob die Politik den Kreis der Wohngeldempfänger insgesamt ausweiten sollte.

Denn gerade in Städten wie München und Stuttgart sind die Einkommensschwellen relativ niedrig gesetzt.

2. Soziale Wohnraumförderung. Dieses Instrument beurteilen die IW-Forscher deutlich kritischer. Denn noch immer leben viele Menschen unberechtigt in Sozialwohnungen:

Definitionsgemäß gelten in Deutschland jene Menschen als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben. Doch rund 47 Prozent der Mieter in Sozialwohnungen hatten 2018 ein höheres Einkommen, 10 Prozent sogar mehr als das mittlere Einkommen.

Aus diesem Grund sollten Mietverträge in Sozialwohnungen befristet werden, damit der Bedarf regelmäßig überprüft werden kann.

IW-Analysen Nr. 136

Pekka Sagner, Maximilian Stockhausen, Michael Voigtländer: Wohnen – die neue soziale Frage?
iwkoeln.de/soziale-frage

Mietkosten nach Einkommenshöhe

Anteil der monatlichen Bruttokaltmiete am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland 2018 in Prozent



Dezile: Die monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte werden vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen gereiht und in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

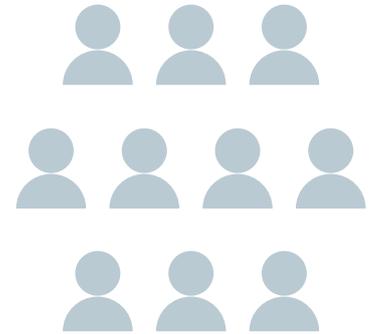


Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. • **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff • **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther • **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland • **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) • **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber • **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper • **Grafik:** IW Medien GmbH • **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de • **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig • **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de • **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln • **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 • **Druck:** Henke GmbH, Brühl • **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de • Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmk.de



Zahl der Woche

22,9 Millionen Menschen

waren in der EU im Wochendurchschnitt des ersten Quartals 2020 vom Arbeitsplatz abwesend – 4,3 Millionen mehr als im vierten Quartal 2019. Zu den Gründen für eine Abwesenheit zählen etwa Urlaub, Krankheit oder Behinderung und Kurzarbeit. Weil wegen der Corona-Krise viele Beschäftigte in Kurzarbeit sind, ist der Anstieg der Abwesenheiten größtenteils auf dieses Instrument zurückzuführen: Im ersten Quartal lag die Zahl der Kurzarbeiter EU-weit im wöchentlichen Schnitt bei 2,3 Millionen – und damit rund zwei Millionen über dem Wert des vierten Quartals 2019. Die höchsten Abwesenheitsquoten gab es von Januar bis März 2020 in Frankreich, wo im Schnitt 18,1 Prozent der Beschäftigten nicht am Arbeitsplatz waren, sowie in Schweden (16,2 Prozent) und Österreich (15,0 Prozent). Die niedrigsten Werte verzeichneten Rumänien (2,5 Prozent), Malta (3,3 Prozent) und Bulgarien (4,4 Prozent).

Top-Liste: Die neuen Hobbys

So mancher hat die Corona-Krise als Chance genutzt und im Lockdown eine neue Leidenschaft entdeckt. Das belegen die Google-Suchanfragen zu verschiedenen Freizeitaktivitäten. Im April 2020 interessierten sich die Deutschen vor allem für eine Disziplin, mit der man sich gut in den eigenen vier Wänden auspowern konnte: Yoga. Dieser Trend ging allerdings über die Ländergrenzen hinaus. In ganz Europa zählte Yoga mit rund 774.000 Suchanfragen zu den meistgesuchten Begriffen. Die deutlichste Zunahme von Suchanfragen gab es in Deutschland allerdings zur Erstellung von Podcasts: Im April 2020 stiegen die entsprechenden Google-Suchanfragen im Vergleich zum Mai 2019 um 313 Prozent. Platz zwei belegte die Suche nach den besten Techniken und Tricks auf dem Skateboard (plus 232 Prozent), gefolgt von Ratschlägen zur Gartenarbeit (plus 175 Prozent).

Beliebte Freizeitaktivitäten während des Lockdowns

Um so viel Prozent nahmen die Suchanfragen bei Google im April 2020 gegenüber Mai 2019 zu

Podcasts erstellen	313
Skateboarden	232
Gartenarbeit	175
Fahrrad fahren	174
Nähen	124
Backen	83
Eine neue Sprache lernen	75
Brettspiele	50
Ausmalen	50
Malen	49

Aktivitäten mit der stärksten Zunahme der Suchanfragen

Quelle: Savoo
© 2020 IW Medien / iwd



iwd